

Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

Nr. 28

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr. 5, 6246.

Hamburg, den 10. Juli 1915

Anzeigen kosten die Maßspaltweite Non-
pareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzulösen).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

29. Jahrg.

Unser Verband im Kriegsjahr 1914.

I.

Bei der überaus großen Bedeutung, die das Vorjahr für unsere Organisation hatte und allezeit behalten wird, wollen wir nach dem Erscheinen unseres Jahrbuches für 1914 rückblickend unsere Verbandsstätigkeit auch an dieser Stelle einigen Betrachtungen unterziehen. Durch genauere Darstellung der Wirksamkeit unserer Organisation und der Faktoren sowie der allgemeinen Verhältnisse, von der sie beeinflusst wurde, läßt sich feststellen, ob unser praktisches Handeln und die dadurch erzielten Erfolge dem entsprechen, was die Zeit gebot; aber auch Ausblicke auf kommende Zeiten und leitende Gesichtspunkte für unsere weitere Tätigkeit können durch wiederholte Betrachtungen gewonnen werden. So lange auch das furchtbare Kriegsdrama schon einherzöht, unersetzbare Kulturwerte vernichtend, aber auch neue Zukunftsmöglichkeiten eröffnend, wir werden es leider noch lange Zeit mit ansehen müssen. Wird doch sogar die von der politischen Vertretung der deutschen Arbeiterschaft seit dem 4. August v. J. unausgesetzt betriebene Tätigkeit für einen baldigen, keine Notizen demütigenden Frieden von einflußreichen französischen und belgischen Sozialisten fortgesetzt mit der Versicherung rücksichtslos zurückgewiesen, nicht früher ihre Hand zu einem gleichen Vorgehen ziehen zu wollen, bis Deutschland geschmettert und zerstückelt am Boden liegt.

Nach blühender Praxis ist unserm Jahresbericht ein eingehender Bericht über die Konjunktur, die nun einmal von größtem Einfluß auf unser organisatorisches Wirken ist, vorangestellt. Darin wird hervorgehoben, daß die Erwar- tungen, die wir schon seit Jahren auf eine Steigung des Maler- gewerbes durch das Wiederaufleben einer gewissen Farben- freudigkeit setzten, noch keineswegs erfüllt sind; auch ohne Krieg wäre das nicht geschehen. Im Baugewerbe machten sich indes seit Beginn des Jahres günstige Anzeichen bemerkbar. Das schien sich auch auf unsern Beruf übertragen zu wollen, denn die Arbeitsgelegenheit setzte im Frühjahr, wie die Berichte über den Arbeitsmarkt zeigen, gut ein. Die Calmeschen Fest- stellungen zeigen, daß die Monate Januar, Februar und März gegenüber den gleichen Monaten der Jahre 1911, 1912 und 1913 noch keine Besserung der Veruklage verrieten. Die Monate April und Mai dagegen gestalteten sich günstiger. Im Juni und Juli wurde wieder der Stand der Vorjahre festgestellt. Ob die Besserung angehalten hätte, wenn der unbestimmte Krieg nicht gekommen wäre, läßt sich nicht mit Bestimmtheit behaupten; es spricht manches dafür. — Nach Ausbruch des Krieges war die Arbeitslosigkeit in unserm Berufe innerhalb des Baugewerbes am umfangreichsten. Während die Anbranglister bei den Maurern usw. nur auf 428, bei den Zimmerern gar nur auf 119, bei den Glasern auf 210 und bei den übrigen gelernten Bauberufen auf 349 hinauf- schnellte, war sie bei uns auf 501 gestiegen. Das ist zu ver- stehen, weil für unsern Beruf vielfach Privatwirtschaft in Frage kommt und bei dieser die Konfliktigkeit nach Kriegs- ausbruch am größten war. Durch die nach Kriegsausbruch von uns veranlaßten besonderen Maßnahmen und die günstige Gestaltung des Wirtschaftslebens erholte sich der Arbeitsmarkt bald wieder; im November und Dezember war der Andrang von Arbeitskräften geringer als in den Vormonaten. Dabei muß allerdings beachtet werden, daß das Angebot die Nach- frage nach Gehilfen immer noch ganz gewaltig überstiegen hat. — Nach größeren Landesteilen unterschieden, zeigen die vorliegenden offiziellen Feststellungen, die weil sie nicht alle Gebiete gleichmäßig umfassen, allerdings keine durch- schlagende Beweisskraft besitzen, daß im ganzen Osten des Reiches die Geschäftslage nur mäßig günstig, teils sogar ungünstig war. Demgegenüber stand es in den westlichen Provinzen besser.

Leider fand eine von uns gegebene Anregung, die Be- schaffung von Winterarbeit systematisch zu betreiben, beim Arbeitgeberverband, mit dem wir uns darüber in Ver- bindung setzten, keine Beachtung. (Vergleiche darüber Seite 9 und 10 des Jahrbuches.)

Im Lackierergewerbe waren die einzelnen Branchen verschieden beschäftigt. In der Wagenbaubranche, in den Waggonfabriken und Karosseriewerken war die Arbeits- gelegenheit für das ganze Jahr gut, in der Möbelbranche war nach Ausbruch des Krieges überhaupt nichts mehr zu tun, ebenso in den Sargfabriken, Spielwarenindustrie, Kinderwagenfabriken usw. Eine Hochkonjunktur bestand zu- nächst nirgends; erst nach Kriegsausbruch hatten jene Zweige, die mit der Militärindustrie und militärischen Bedarfsartikeln zu tun haben, reichlich Arbeit. Es entstanden sogar ganz neue Er- werbszweige aus dem Kriege. Unsere Kollegen auf den Schiffs- werften hatten größtenteils vor dem Kriege schon eine gute Saison, diese entwickelte sich nachher zu einer Hochkonjunktur, Einzelne Betriebe allerdings wurden von den Militärkauf- trägen nicht erfaßt; auch wurden vielfach ohne zwingenden Grund ungelernete Arbeitskräfte herangezogen. Dagegen haben viele unserer Kollegen in andern Berufen Unterlunft suchen müssen, meist zu sehr geringen Löhnen.

Nach diesen Feststellungen über die Geschäftslage im Vorjahre ist darzulegen, daß sich die Verhältnisse zwar nicht so ungünstig entwickelt haben, wie nach früheren Voraussagen im Kriegsfall befürchtet werden mußte; trotz alledem sind die Existenzverhältnisse für den größten Teil der Arbeiterschaft und insbesondere auch für unsere Kollegen durchaus ungünstig gewesen; neben den keineswegs zufriedenstellenden Konjunktur- verhältnissen hat die verteuerte Lebensführung die wirtschaft- lichen Verhältnisse unserer Kollegen, von geringeren Ausnahmen abgesehen, sehr herabgedrückt. Das mußte natür- lich die Organisationsfähigkeit ungünstig beeinflussen.

Unsere wirtschaftlichen Kämpfe waren im Vorjahre ober- flächlich betrachtet, recht unerheblich. Vergewaltigten wir uns aber, welche gewaltige Kraftprobe wir 1914 zu bestehen hatten und daß wir diese unter kolossalen Opfern erfolgreich durchgeföhrt haben, so gewinnen selbst die verhältnismäßig wenigen Lohnbewegungen eine ganz besondere Bedeutung. Denn sie beweisen erneut, daß wir 1914 keineswegs finanziell vernichtet worden sind, wie es unsere Widersacher glaubten durchgeföhrt zu haben. (Ueber die Kapital Tarifverträge und Lohnbewegungen enthält unser Jahrbuch Seite 18 bis 26 eingehende Nachweise, ferner brachten wir in Nr. 11 des „Verbands-Anzeiger“ d. J. über unsere Tarifverträge im Jahre 1914 einen besonderen Artikel.) — Wir führten im Berichtsjahre 30 Lohnbewegungen ohne Kampf für 686 Betriebe mit 1080 Beschäftigten und 44 Lohnbewe- gungen mit Kampf für 141 Betriebe mit 1091 Beschäftigten. Unter diesen waren 18 Angriffs-, 8 Abwehrkämpfe und 8 Aus- sperungen. Die Lohnbewegungen erforderten eine Ausgabe von M. 66781 gegenüber M. 228976 im Jahre 1913.

Durch die Lohnbewegungen wurden erreicht für 1089 Ge- hilfen 2451 Stunden Arbeitszeitverlängerung und für 2115 Ge- hilfen M. 4170,70 Lohnerhöhung pro Woche. — Abgewehrt wurden für 222 Gehilfen für die Woche M. 189 Lohnherab- setzung und für 62 Gehilfen eine Arbeitszeitverlängerung. Einen großen Anteil an den Lohnbewegungen hatten die Lackierer. Besonders hervorzuheben ist der Kampf in den Linde-Hofmann-Werken in Breslau, ferner einige lokale Diffe- renzen in Rheinland-Westfalen zur Einführung des in diesem Bezirk von den Unternehmern bekanntlich immer noch be- kämpften Reichstarifvertrages.

Von der hohen Entwicklung, die das Tarifverhältnis im Malergewerbe genommen hat, zeugt die Tatsache, daß am 31. Dezember 362 Tarife für 15 890 Betriebe mit 55 620 Be- schäftigten bestanden; von letzteren gehörten zur Zeit des Ab- schlusses der Tarife 89 588 unserm Verbands an. Es ist ein recht bemerkenswertes Zeichen, daß trotz der durchaus nicht günstigen Geschäftslage im Frühjahr und der verheerenden Wirkung des Krieges unser Tarifverhältnis vollkommen aufrechterhalten werden konnte. Das wird vielleicht manchen pessimisten in unsern Reihen belehren, daß es keine vergeb- liche Arbeit war, die wir durch unsere Tarifkämpfe leisteten. Aber auch jene Arbeitgeber, die immer noch gegen tarifliche Vereinbarungen arbeiten, werden gerade durch die jüngsten

Ereignisse erkennen müssen — vorausgesetzt, daß sie zu be- urteilen vermögen, von wie großem Einfluß die jeweiligen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Arbeiterschaft auf die übrigen gesellschaftlichen Zustände sind —, daß der geregelte Ausbau der bestehenden Lohn- und Arbeitsbedin- gungen der verschiedensten Arbeiterschichten von größtem Einfluß auf die gesunde Weiterentwicklung und die Wider- standsfähigkeit der einzelnen Gewerbe und der gesamten Volkswirtschaft ist.

Für die Lackierer fanden 15 Lohnbewegungen statt; bei 7 Bewegungen waren Lackiererkollegen in Mitleiden- schaft gezogen. Die Lackiererbewegungen kosteten M. 66 286,19, das sind 87,8 pSt. der Gesamtausgaben für Streiks. Er- heblich war die Waggon- und Wagenbaubranche an den Lohnbewegungen beteiligt. Der Lohnkampf bei den Linde- Hofmann-Werken in Breslau dauerte fast vom Beginn des Jahres bis zum Kriegsausbruch. Größere Bewegungen fanden unter andern statt im Münchner Wagenbaugewerbe, in Halle in der Waggonfabrik, bei Speiser in Obpyingen. Abgesehen von diesen bedeutenderen Kämpfen lagen auch noch in den verschiedenen Orten kleinere Differenzen vor, so daß, wie schon gesagt, im allgemeinen die Lackiererbewegung ziemlich lebhaft gewesen ist. Die Lohnbewegungen der Lackierer führten in acht Fällen zum Tarifabschluß. Diese acht Tarife umfaßten sich auf 35 Betriebe mit 288 Beschäftigten, von denen 172 dem Verbands angehörten.

Der zum Teil ganz abnorme Geschäftsgang in vielen Betrieben und die großen Umwandlungen, denen die Pro- duktionsverhältnisse in den letzten Monaten unterzogen wurden, werden auch nach dem Kriege nachwirken. Es läßt sich aber schwer voraussagen, wie sich dann die Situation für die Arbeiterschaft gestaltet. Denn das hängt von vielen, jetzt noch gar nicht erkennbaren Faktoren ab. Zweifellos sind die Aussichten zum mindesten in der ersten Zeit nach dem Kriege für die Arbeiter nicht günstig, und zwar werden dabei die verschiedensten Gewerbe — nicht zuletzt das Bau- und dar- unter das Maler- und Lackierergewerbe — in Mitleidenschaft geraten.

Sollen wir aus sozialen und organisatorischen Gründen das Gegenteil, bereiten wir uns aber trotz alledem durch die Erhaltung einer kräftigen Organisation und durch die un- ausgelegte Weiterarbeit in der hiesigen verfall- ten Richtung auf alles, was auch kommen möge, vor.

Würdevolle Hilfeleistung für die Kriegsgeschädigten.

Die „Gesellschaft für genossenschaftliche Kultur“ erließ folgenden Aufruf: Die nationale Ehre verlangt, daß für alle durch den Krieg irgendwie Geschädigten eine groß- zügige, würdevolle Hilfeleistung allgemein Platz greift. Es ist nicht angängig, daß eine Zeit wie die unsere sich mit billigen „Geschenken“ und Wohlthatigkeit begnügt gegenüber denen, die bereit waren, ihr Leben und Gut hinzugeben, und innerlichliches opfereten. Gerade so wie es vermahnt werden muß, in der Zeit des gewaltigen Völk- rings bei der Beschaffung von Geldmitteln für die Liebestätigkeit im Dienst der Kriegshilfe prunkvolle und feilliche Veranstellungen zu treffen, die der Veräuße- lichung, der Eitelkeit, dem Ehrgeiz, der Oberflächlichkeit, der Vergnügungssucht dienen, gerade so und noch mehr muß alle verhüllte oder unerfüllte Wohlthatigkeit jetzt und später als untauglich abgewiesen werden, wo es sich darum handelt, möglichst vielen Menschen ihre selbständige, selbstschöpferische Existenz und unab- hängigkeit zu erhalten oder neu, ja des öfteren erst- mals, zu geben. Wohlthatigkeitsorganisationen, die glauben, invaliden Kriegern durch Versorgung, durch ganze oder halbe Freistellen und dergleichen irgendwo helfen zu können, verraten zum mindesten wenig Feingefühl. Solche Wohlthatigkeit ist keine wahre Menschenliebe, sondern Sentimentalität, das heißt Schwelgen in persönlichen Ge- fühlen. Sie ist keine wirkliche Hilfe, sondern ein soziales Betäubungsmittel, das Illusionen von Wohlthatigkeit, Güte und brüderlicher Menschenliebe erzeugt, wo im Grunde doch nur Mangel an Achtung und liebevoller Besorgsamkeit für die Selbständigkeit der Person des Hilfsbedürftigen ist. Selbst ehrliche Selbstverleugnung kann die Verwirrung und den Schaden, den unsere heutige Wohlthatigkeit, Philantropie und Caritas anrichtet, nicht hindern.

Wollen wir die Leiden des Krieges in ihren Quellen lindern, so müssen wir unser allgemein menschliches Mitgefühl in helle, klare Gedanken hineinbringen und nicht das tun, was uns am bequemsten und sympathischsten ist, was uns am meisten liegt und Befriedigung verschafft, sondern das, was die, denen wir helfen wollen, am besten in den Stand setzt, sich selbst zu helfen und unserer Hilfe möglichst bald zu entweichen. Auf solcher Spur sind endlich alle diejenigen, welche glauben, daß man den Dank des Vaterlandes zum Ausdruck bringen könne durch allerlei besondere Vergünstigungen und Preisermäßigungen für Kriegsteilnehmer und Kriegsinvaliden. Hören wir doch unsere Krieger selbst, hören wir, was Millionen in den Schützengräben und Schlachten, in den Leiden und Greueln des Krieges empfinden und denken. Ergreifend kommt es zum Ausdruck in dem Feldpostbrief eines kurz darnach Gefallenen, der an seine Mutter aus Bangen und Hoffen heraus schrieb: „Soll unser gutes, tüchtiges deutsches Volk wieder erleben, was es nach den Freiheitskämpfen vor hundert Jahren, nach dem großen Kriege von 1870 hat erleben müssen? Will man wieder, wie damals, die Familienväter dieses deutschen Volkes für Heimat, Vaterland haben kämpfen lassen, ohne in rechter Weise dafür zu sorgen, daß diese Familienväter an dem Heimatboden, der Väter Land, den ihnen nach blutigen Kämpfen zukommenden Anteil erhalten? Oder werden alle Männer und Frauen in verantwortungsvollen Stellen tapfer und in klarem Bewußtsein ihrer Pflichten und Ziele für die Rechte und Aufgaben des deutschen Hauses, der deutschen Familie eintreten? Das ist die deutsche Reiches Schicksalsfrage nach dem Kriege. — O Mutter, diese Frage laftet schwerer auf mir und vielen Kameraden als die, ob ich, oder links oder rechts der Kamerad, lebend und gesund aus dem Kriege zurückkomme.“

Gebietlich in einer selbstverständlichen Einfachheit kommt es hier zum Ausdruck: Was unsere Krieger vom Vaterlande erwarten, sind keine Extrabelohnungen für die Kriegsteilnehmer; sie erwarten, daß dem ganzen deutschen Volke das wirklich auch gegeben werde, was man ihnen Gutes gönnt. In Achtung solchen Gefühls muß alle Geldsammlung durch Bettelveranstaltungen, wie Bazare, Wohlthätigkeitsspiele, Lotterien und dergleichen unterbleiben; diese Methoden sind der Größe der Aufgabe unwürdig. Die Politik der kleinen Mittel und Mitteln muß aufgehoben werden! (Vgl. Medizinalrat Professor Dr. Hermann Salomon.)

Wir sehen die Möglichkeit und Erfüllung einer würdevollen Hilfeleistung in obigem Sinne in der planvollen Anbahnung und Einrichtung von Organisationen, welche die genossenschaftliche Selbsthilfe und Weiterhilfe aller Art für die Kriegsgeschädigten ermöglichen. Solche Organisationen sind zu gründen und unter allgemeiner Beihilfe mit genügend großen Mitteln auszuführen, damit sie bezwecken, daß das deutsche Volk nicht nur Milliardensummen zum Kriegsführen ausbringen kann, sondern auch noch Geld, Kraft, Pflicht- und Einigkeitgefühl genug hat, die Wunden des Krieges gründlich und großzügig zu heilen.

Es muß unseren Kriegsgeschädigten auf jeden Fall das Gefühl des hohen Durchschleppwerdens erspart bleiben und ihnen um jeden Preis die Hoffnung auf ein Besseres kommen geschaffen werden. Nur solche Hoffnung und Aussicht kann die Tapferen davor bewahren, daß sie sich ihre Zukunft grau in grau ausmalen, nur auf dem oben angezeigten Wege, im Sinne einer angebahnten genossenschaftlichen Selbst- und Weiterhilfe, wird ihnen das stolze Bewußtsein vermittelt werden: auf eigenen Füßen zu stehen und als ganze Männer volle Plätze im Vaterlande auszufüllen, ohne Geschenke annehmen zu müssen. Im Bewußtsein einer im neuen Deutschland beginnenden sozialen oder genossenschaftlichen Kultur und ihrer Forderungen, werden wir Kraft und Mittel dafür finden.

Als vorbildliches Beispiel einer solchen würdevollen Hilfeleistung sei hier nur der fertige Plan der Deutschen Garicnadi-Gesellschaft genannt: Unseren Kriegsinvaliden Heim und Werkstatt in Garicniedlungen. (Als Denkschrift im Buchhandel im Renaissance-Verlag, Leipzig, erschienen. N 150.)

Andere Vorschläge für den Dienst des Vaterlandes an den Kriegsinvaliden und den Hinterbliebenen der gefallenen Krieger sind in Vorbereitung. Wege werden sich finden, wenn der Wille dazu stark und groß genug ist. Deshalb gilt es, solche Gedankengänge weit zu verbreiten und heimlich zu machen, damit wir vorbereitet sind auf die großen, schweren und verantwortungsvollen Aufgaben, die noch während des Krieges, und dann nach dem Kriege, unserer warten.

Besser als zuvor muß es den Tapferen gehen! Solche neue Art Hilfsbereitschaft würde „Krieger-Ehrung“ im höchsten Sinne bedeuten, würde diesen neuen Lebensmut und Lebensfreude schaffen.

Die „Gesellschaft für genossenschaftliche Kultur“ (Erlangen a. N., Heimstätten) bittet um Verbreitung und Unterstützung dieses Aufrufes, ebenso um Zustimmungserklärungen.

Gegen die Sonderbündelei.

Der „Mit Parteitag“ schließendes, mit 172 Namen unterzeichnetes Schriftstück „An den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands! An den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion!“ ist in den letzten Tagen an die Gewerkschaftspresse, die Gewerkschaftsstarke und an Funktionäre der Gewerkschaften verandt worden. In dem Begleitschreiben an die Gewerkschaftspresse, so auch an das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission, wird um Unterstützung der Kundgebung gebeten, die, nach Form und Inhalt zu urteilen, von einer sehr phantasiereichen Begabung des Verfassers zeugt. Wir können, da wohl kaum die Redaktion eines Gewerkschaftsblattes, die sich ihrer Verantwortungen bewußt ist, das Schriftstück veröffentlichen, noch ein Wort zu nehmender Gewerkschaftsfunktionäre es unterlassen wird, diesen Versuch, die Gewerkschaften in den Parteistreit hineinzuziehen, als erledigt gelten lassen. Die ganze Art der Annäherung dieser Kundgebung nötigt uns jedoch zu einer Stellungnahme.

Diejenigen, welche das Schriftstück verantwortlich zeichnen, setzen neben Namen und Nachwort alle möglichen Titel. Wir

Kollege Gaup †

Den vielen braven Kollegen, die schon dem furchtbaren Kriege zum Opfer gefallen sind, ist nun auch Kollege Theodor Gaup, unser Bezirksleiter für Mitteldeutschland, gefolgt. Zwar wurde er nicht im Felde dahingerafft, auch erlag er nicht den Folgen einer Verwundung, sondern er erlag einer plötzlichen schweren Erkrankung, die wohl die körperlichen Anstrengungen und Entbehrungen verschuldet haben, die der Kriegsdienst mit sich bringt.

Am 10. Mai wurde Kollege Gaup, der gebieter Artillerist war, in Leipzig eingezogen. Nach seiner Einlieferung in Wurzen erhielten wir von ihm eine am 6. Juni verfaßte Karte folgenden Wortlauts:

Werte Kollegen! Man muß mir doch noch einiges vertrauen, denn ich befinde mich bereits an der Front, um die kämpfende Artillerie mit der nötigen Munition zu versorgen. Am 2. Juni sind wir von Wurzen fort über Cönn, Müttich, Eöwen, Brüssel, Valenciennes nach hier, wo wir heute früh den einzelnen Kolonnen zugeteilt sind. Wir hatten bereits Gelegenheit, bei ... dem Artillerieübungs an der Vorettelhöhe zuzusehen. Der Ort, wo wir jetzt untergebracht sind, ist eine landwirtschaftliche Schule in der Nähe bei ... Wir arbeiten im Grenzfeld von Vorettelhöhe, wo schon viele Opfer gebracht wurden. Nächstens schreibe ich Euch etwas mehr.

Doch schon am 18. Juni schrieb er folgende uns beunruhigende Mitteilung nieder, die am 28. in unsere Hände kam:

Werte Kollegen! Seit Freitag, 11. Juni, bin ich krank. Mein Magen macht absolut nicht mehr mit, hatte Fieber bis 40,9. Puls 106. Seit Dienstag liege ich im Kriegslazarett in ... Mein Fieber hat sich so weit gebessert, daß ich transportfähig bin und morgen wohl bestimmt weiter zurückkomme. Wenn ich festes Domizil habe, schreibe ich etwas Näheres.

Einem uns am 1. Juli zugehenden Briefe entnehmen wir, daß ihm der Arzt versichert hatte, daß er sofort nach Deutschland befördert werden solle. Ließ auch diese Meldung keine zuverlässigen Schlüsse auf das Befinden unseres Kollegen zu, so traf uns die Nachricht von seinem Tode, der am 2. Juli im Lazarett zu Wehlar erfolgt ist, völlig überraschend.

Kollege Gaup ist am 7. Dezember 1873 in Braunschweig geboren, also nur 41 Jahre alt geworden. Im Jahre 1898 ist er unserem Verbands begetreten. Seit 1. Mai 1904 bekleidete er den Posten eines Filialangestellten in Leipzig, den er mit großer Umsicht und Gewissenhaftigkeit versah. Vom 1. April 1912 ab wurde er vom Vorstand und Ausschuß unserer Organisation zum Bezirksleiter für Mitteldeutschland gewählt; in dieser Stellung wirkte er bis zu seiner Einberufung zum Kriegsdienst, hochgeschätzt von allen Seiten wegen der unermüdblichen Tatkraft und Opferwilligkeit, mit denen er stets seine Pflicht erfüllte. Und er vertrat die Sache der Arbeiter auf allen Gebieten und bei jeder Gelegenheit mit solcher Zuversicht, daß er natürlich auch im politischen Kampf allezeit seinen Mann gestanden hat.

So betrauern wir in dem Dahingegangenen einen Kollegen, der mit allen ihm verfügbaren Kräften ganz hervorragend mit dazu beigetragen hat, die Sache seiner Berufsgenossen, unserer Organisation und der allgemeinen Arbeiterbewegung ihrem Ziele näherzubringen.

Sein Andenken wird von uns dauernd in Ehren gehalten werden!

finden da unter andern A. F. ... aus G.: „erster Vorsitzender des Bahvereins, erster Vorsitzender des Bildungsausschusses, Gemeindevertreter.“ Die Titelsucht dieser sich radikal-revolutionär gebärdenden Sozialdemokraten bietet dem Redakteur eines Wählblattes dankbaren Stoff. Leider ist das Schriftstück nicht zur Veröffentlichung in einem Wählblatt bestimmt. Die Titelbeigabe soll den Anschein erwecken, als wäre eine gewaltige, gegen den Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gerichtete Bewegung in der Arbeiterschaft Deutschlands vorhanden. Eine Bewegung, die von der Redaktion des „Vorwärts“ sich bis zum Revolver der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes in ... erstreckt. Das ist, soweit die Gewerkschaften in Frage kommen, eine bewußte Fälschung. Die Parteigenossen (es sind deren 20 unter 172), die ihrem Namen unter dem Handschreiben den Titel eines Gewerkschaftsführers hinzugefügt haben, sind nicht berechtigt, im Namen der Gewerkschaften oder des Verbandes, dem sie angehören, ja nicht einmal im Namen des Organisationszweiges, dessen Leitung ihnen anvertraut ist, zu sprechen. Es ist ein Mißbrauch des Vertrauenspostens, wenn sie den Anschein erwecken wollen, als stände die Organisation, als deren Vertreter sie sich in dem Handschreiben bezeichnen, in der Sache hinter ihnen. Traurig wäre es um die Arbeiterschaft Deutschlands bestellt, wenn das jemals der Fall sein könnte.

Es handelt sich bei diesem Handschreiben nicht mehr um eine spontane Kundgebung, sondern um einen organisierten Sprengungsversuch der Einheit der deutschen Arbeiterorganisationen. Die Desorganisation soll herbeigeführt werden, weil die große Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft sich dem Willen einer kleinen Minderheit nicht unterwerfen will. Es wäre verhängnisvoll für die Zukunft der Arbeiterbewegung Deutschlands, wenn wir dies heute nicht offen aussprechen würden.

* Von den Redakteuren dieses Blattes haben neun das Schreiben mitunterzeichnet. Vielleicht sind auch noch einige weitere dieser unvergleichlichen Zeitgenossen ohne Titelnennung im Schwarm der Unterzeichner verloren gegangen.

An dem Tage, an welchem nach Schätzung der Herausgeber des Handschreibens dieses in der Partei- und Gewerkschaftspresse veröffentlicht werden sollte, erschien in dem Leipziger Parteiblatt eine im gleichen Sinne gehaltene Kundgebung, in der die Masse der Parteigenossen aufgerufen wird, sich gegen die stets mit großer Mehrheit gefaßten Beschlüsse der von ihnen eingeleiteten Körperschaften zu wenden. Gezeichnet ist diese Kundgebung von dem Vorsitzenden des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sowie dem Redakteur des wissenschaftlichen Organs der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Durch diese Handlung von Genossen, denen die höchsten Ehrenämter in der Organisation in dem Vertrauen übertragen wurden, daß sie stets den Beschlüssen der Mehrheit Geltung verschaffen und dadurch die Einheit der Partei sichern würden, ist alles über den Haufen geworfen, was bisher in der Arbeiterbewegung Deutschlands als unantastbar galt.

Für die Gewerkschaften Deutschlands, die in der sozialdemokratischen Partei ihre politische Vertretung sehen, wäre es ein großer Nachteil, wenn dieser organisierte Sprengungsversuch Erfolg haben sollte. Ob er sich dauernd bemerkbar machen würde und die Fortentwicklung der gewerkschaftlichen Organisation darunter leiden könnte, wollen wir heute nicht untersuchen.

Jedenfalls müssen wir uns aber mit aller Entschiedenheit gegen diejenigen wenden, denen das Gefühl der Verpfändung gegenüber der Organisation fehlt und die es für geraden halten, den Parteistreit in die Gewerkschaftsorganisationen zu tragen. Wenn man schon die Wirkung des politischen Kampfes durch Desorganisation der Partei herabmindern will, so möge man wenigstens die Gewerkschaften mit diesem Treiben verschonen. Die Gewerkschaften werden nach Beendigung des Krieges die äußerste Kraft zur Abwendung der eintretenden Not einsetzen müssen und der geschlossenen Organisation bedürfen, um die schweren wirtschaftlichen Kämpfe in dieser kritischen Zeit zu führen.

Wir erwarten von den Gewerkschaftsvertretern, welche die Erfüllung ihrer Aufgaben ernst nehmen, daß sie alles daransetzen werden, die Geschlossenheit in der Gewerkschaftsbewegung nach wie vor zu erhalten.

Berlin, 28. Juni 1915.

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Berlin. Weitere fünf Monate Kriegszeit sind seit unserer letzten Berichterstattung an dieser Stelle vergangen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Berufsgenossen haben fast keine Veränderung erfahren. Bis vor Pfingsten konnte die Geschäftslage günstig beurteilt werden. Erst in neuester Zeit scheint sich eine ungünstigere Wendung zu vollziehen. Ob diese auch für die Zukunft bestehen bleibt, können wir bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht entscheiden. In Berücksichtigung muß allerdings gezogen werden, daß erfahrungsgemäß auch zu normaler Zeit kurz vor und nach dem Pfingstfeste eine allgemeine Abschwächung der Konjunktur zutage tritt. Andererseits darf hierbei auch nicht außer acht gelassen werden, daß die Materialpreise eine gewaltige Höhe erreicht haben, die den Durchschnitt der früheren Jahre weit hinter sich lassen. Der private Baumarzt zeigt nahezu einen Stillstand. Eine Ausnahme machen hiervon nur die Erweiterungs- beziehungsweise Umbauten derjenigen Auftragsgeber, die mit der Vesterung von Heeresbedarf in Verbindung stehen. Große Aufträge waren auf dem Gebiete des kommunalen Baumarztes zu erledigen, die zum Teil auf die Wirksamkeit der Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe zurückzuführen sind. Auch die Privatarbeiten haben wider Erwarten einen verhältnismäßig guten Verlauf genommen. Während des Apriltermins reichten, wie im Oktober vorigen Jahres und früher, die vorhandenen Arbeitskräfte nicht aus. Auch die Vermittlungstätigkeit nach außerhalb des Tarifgebietes hat eine Belebung erfahren. Die Beschäftigung der Radierbetriebe und Werkstätten, welche mit den Heereslieferungen in Verbindung stehen, war durchweg eine gute.

Die durch Beschluß des Ortstarifamtes unter dem 5. September vorigen Jahres auf täglich sieben Stunden reduzierte Arbeitszeit konnte auf Grund der vorerwähnten Umstände mit der Wirkung vom 1. März ab außer Kraft gesetzt werden. Es wurde ferner vereinbart: „Um Arbeiterentlassungen aus Anlaß dieses Beschlusses vorzubeugen, können Betriebe, in denen zurzeit ungünstige Arbeitsverhältnisse vorhanden ist, im Einverständnis der dort beschäftigten Arbeiter eine kürzere Arbeitszeit vorläufig beibehalten, jedoch ist dieses dann dem Ortstarifamt zu melden.“ In der diesbezüglichen Publikation des Ortstarifamtes wurde weiter darauf verwiesen, daß laut Reichstarifvertrag vom 1. März ab sich die Stundenlohntafel um 2,3 erhöhen. Wie wir feststellen konnten, ist diese Lohnerhöhung fast ohne jegliche Schwierigkeiten durchgeführt worden.

Dem Luftfahrzeugtariff — eine Verbindung der in Frage kommenden Branchenorganisationen — gelang es, wie bereits in Nr. 25 des „Vereins-Anzeiger“ berichtet wurde, einen Tarifvertrag mit der Wirkung ab 1. April festzulegen. Dieser mit dem Verband Berliner Fahrzeugindustrieller vereinbarte Tarifvertrag ist um so bemerkenswerter, als in dieser Branche erstmalig ein korporativer Arbeitsvertrag zustande kam. Die bisherigen Betriebsvereinbarungen, die noch nicht einmal über sämtliche in Frage stehenden Betriebe ihren Wirkungsbereich hatten, boten zudem ein mannigfaltiges Bild, namentlich in bezug auf die Lohnhöhe und andere wesentliche Punkte des Arbeitsverhältnisses. Der Vorteil des erwähnten Abschlusses ist mit darin zu suchen, daß nunmehr eine außerhalb der Betriebe stehende Institution zur Schlichtung der Differenzen geschaffen wurde, in der die Mitwirkung der Organisationen sichergestellt ist. Bei der

bekanntes Stellungnahme der Metallindustriellen bedeutet dieser Abschluß einen nicht zu verkennenden Fortschritt. Auch in andern industriellen Betrieben wandte die Kollegenchaft ihr Interesse der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu, um einen Ausgleich der Feuerungsverhältnisse herbeizuführen. In einer ganzen Anzahl von Betrieben wurde den dort Beschäftigten eine Kriegs- beziehungsweise Feuerungszulage zugebilligt. Ausdrucksvolle Verhandlungen in einigen Betrieben dürften sich in nächster Zeit dem Abschluß nähern.

Die Kriegsfürsorge ist ein Gebiet, das den Gewerkschaftsorganisationen eine erspriechliche Wirkung verspricht. In den Vorstandskonferenzen der Gesamtorganisationen Berlins wurde diese Frage eingehend behandelt und Beschlüsse gefasst. Die Sektion der Ratgeber befaßte sich gleichfalls mit dieser Angelegenheit. Nach einer eingehenden Information wurde dieser Frage eine umfangreiche Besprechung gewidmet. Ohne Zweifel berührt dieser Gegenstand wichtige gewerkschaftliche Fragen. Ihren Mitgliedern erwächst die Pflicht, allen Bedrängten in ihrer unglücklichen Lebenslage beizustehen. Nicht zu Lohnbrüdern sollen diese unglücklichen Opfer des Krieges, die Hilfsbedürftigen und Invaliden, werden, sondern unter größtmöglicher Unterstützung der organisierten Berufs- und Berufsgenossen ihrem früheren Wirkungskreis erhalten bleiben. Ein Mitbestimmungsrecht den Gewerkschaftsorganisationen an entscheidender Stelle einzuräumen, ist deshalb eine unumgängliche Notwendigkeit. Auch die Frage der Arbeitsvermittlung muß für die Kriegsverletzten im engsten Anschluß an die bisherige Vermittlungstätigkeit in größtmöglicher Weise gelöst werden. Ohne Zweifel wird die Beschäftigung dieser Kollegen in unserem Gewerbe Schwierigkeiten begegnen. Der große Konkurrenzkampf, der nach dem Frieden zweifellos in verstärkter Form einsehen wird, ist nicht dazu angetan, die Anerkennung für geleistete Kriegspflichten für längere Zeit wirken zu lassen. Hier hat die Hilfe des Staates und der Gemeinde einzusetzen.

Trotzdem ein erheblicher Teil unserer in der Organisation tätigen Kollegen der Aufforderung zum Heeresdienst Folge leisten mußte, begegnete die Organisationsarbeit keinem nennenswerten Widerstand. Allorts unterzogen sich die neugewählten Funktionäre gern der ihnen zugewiesenen Aufgabe. Unsere Agitation konnte demgemäß auch mit erfreulichen Resultaten aufwarten. Allgemein kann ausgesprochen werden, daß die lebhafteste Tätigkeit der Gewerkschaftsorganisationen auf sozialpolitischem und auf tariflichem Gebiete sowie in dem Bestreben, die Steigerung der Nahrungsmittelpreise durch einen entsprechenden Lohnzuschlag auszugleichen, schätzenswerte Dienste geleistet hat. Mit Interesse erlebten die Verwaltungsführungen die ihnen zugewiesenen Aufgaben.

Innerhalb des Zeitraums, der zur Berichterstattung steht, fanden zwei Filialversammlungen statt. Die Versammlung im März nahm den Jahresbericht entgegen und erledigte neben andern Fragen auch die Neuwahl des Filialvorstandes. Der Vorstand besteht außer den nicht zur Wahl stehenden Kollegen Nieß als ersten Vorsitzenden und Kollegen Blum als Kassierer aus nachstehenden Kollegen: Zweiter Vorsitzender Klug, Schriftführer Frank, Beisitzer Opik, Kaiser, Ehrhardt, Revisoren Kupke und Schröder. Infolge späterer Einberufung ersuhr die Zusammensetzung insofern eine Veränderung, als an Stelle des Kollegen Schröder der Kollege Ehrhardt trat und als jetzige Beisitzer die Kollegen Genz und Jbsch fungieren. Kollege Nieß besprach in der Versammlung im April die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und die mit dem Wiederinkrafttreten des Statuts verbundenen Unterstützungsfrage. Allgemein wurde anerkannt, daß die Organisation großes geleistet habe, indem sie in verhältnismäßig kurzer Zeit allen erworbenen Rechten der Mitglieder, unter weitgehendster Berücksichtigung auch der im Felde stehenden Kollegenchaft, wieder Geltung verschaffte. Dieses ist um so höher einzuschätzen, als die Organisation finanziell geschwächt aus dem letzten Kampfe hervorging und außerdem in den Kriegsmoaten große Mittel für die Notstandsunterstützung und für die Familien der zum Heeresdienste einberufenen Kollegen bereitstellte. Ein Antrag, zwei angestellten Kollegen wegen des reduzierten Mitgliederstandes zu kündigen, fand mit Rücksicht darauf, daß verschiedene Angestellte ihre Einberufung zu erwarten haben, nicht die Zustimmung der Versammlung. Die gleichfalls vorgenommenen Ersatzwahlen der Mitglieder des Rates betrachten damit die Kollegen Genz und Schüller; letzteren als Ersatzmann.

Bis zum Abschluß der eingeleiteten Sammlungen soll die Auszahlung der seitens des Vorstandes angeregten Pfingstunterstützung in der bisher gezahlten Höhe aus den Mitteln der Filiale erfolgen.

Viele Anerkennungen fand das Mitteilungsblatt, das den im Felde stehenden Kollegen übermittelt wurde; ebenso die periodische Zusendung des Vereinsorgans. Die aus diesen Anlässen eingegangenen Zuschriften zeugen von dem Solidaritätsgefühl der Kollegenchaft und bekräftigen ausnahmslos das Interesse an dem Wirken und dem Bestand der Organisation. Gegenwärtig sind gegen 1600 Kollegen unter die Fahnen berufen, von diesen sind leider schon 52 gefallen. Ehre ihrem Andenken! An Pfingstunterstützung an die Frauen der im Felde stehenden Kollegen wurden rund M. 3650 ausbezahlt.

Jah unterbrach der Krieg die gewohnte gewerkschaftliche Organisationsstätigkeit. Die Organisation hat aber trotz dieser veränderten und erschwerten Umstände positive Arbeit im Interesse des kulturellen Aufstiegs der Kollegenchaft geleistet. Große Aufgaben, namentlich nach dem Friedensschluß, stehen uns noch bevor; sie praktisch zu erledigen, soll auch weiterhin unser Bestreben sein.

Schwen a. d. W. Hier war es den Bemühungen einiger Mitglieder gelungen, alle Kollegen der Organisation zuzuführen. Die Wirkung dieser Einigkeit am Orte ließ dann auch nicht lange auf sich warten. Schon im Monat Juni vorigen Jahres traten die Mitglieder beziehungs-

weise deren Vertreter an die Arbeitgeber mit Forderungen heran. Der Erfolg war die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde täglich, Regelung der Ueberstunden, Sonntags- und Ueberlandarbeiten sowie Festlegung der Stundenlöhne durch Tarifvertrag. Neben dieser Arbeitszeitverkürzung war begreiflicherweise eine nennenswerte wöchentliche Lohnerhöhung nicht eingetreten. Hauptächlich aus diesem Grunde wurde der Tarifvertrag auch nur auf ein Jahr abgeschlossen. Nunmehr ist der Vertrag erneuert und mit dem Zugeständnis von 8 3 Lohnerhöhung wiederum auf ein weiteres Jahr vereinbart worden. Die Stundenlöhne betragen vom 21. Juni ab für Gehilfen unter 20 Jahren 48 3 und für Gehilfen über 20 Jahre 51 3. Wie im vorigen Jahre, so kam auch dieses Jahr der Vertrag auf dem Verhandlungswege zustande. Hervorgehoben muß werden, daß dieser Erfolg nur der Geschlossenheit unserer Berufskollegen zu verdanken ist. Sie alle haben das Versprechen, den Verband auch in dieser schweren Zeit hochzuhalten, erfüllt. Nun heißt es, auch für die Zukunft die Treue und mannhafte Festigkeit zu bewahren, und der Lohn dafür wird dann nicht ausbleiben.

Aus unserm Beruf.

Eine nette Submissionsblüte zeitigte in Cassel die Ausschreibung der Arbeiten zum Neuanstrich der Hafensbrücke durch das Stadtbauamt, Abt. 2b. Es liefen folgende Angebote ein: Hochapfel & Sohn-Cassel M. 1800, Gebr. Sallo-Cassel M. 2795,90, G. Gundlach & Sohn-Cassel M. 4282, Sommer & Einsele-Strankfurt a. M. M. 5000, Winkler für die Casseler Innung M. 5250, G. G. Nitsche-Cassel M. 5714,50, U. Müller-Rüstrin M. 5857,40, U. Schäfer-Cassel M. 6742,40 und Paul Maurer-Cassel M. 6890,84. Das ist ein Unterschied von fast 800 pBt. Dazu kommt, daß vor dem Anstrich die Eisenteile vom Frost zu befreien sind und etwaige Ausbesserungen vor Beginn des Anstriches vorgenommen werden müssen. Auch ist bei dieser Arbeit der Bau von Schutgerüsten unumgänglich. Bemerkenswert ist, daß sämtliche Unternehmer eine längere Frist für die Arbeit verlangten, statt vier Wochen mindestens sechs. Der Zuschlag wird in vier Wochen erteilt.

Aus Unternehmerkreisen.

Angst vor mehr Sozialpolitik. Unter allen möglichen Verrentungen, die deutlich das Unbehagen erkennen lassen, das jemand empfindet, der sich einer gegebenen Tatsache gewaltsam verschließen will, sucht die „Deutsche Arbeiterzeitung“ in ihrer neuesten Nummer dem Gedanken entgegenzutreten, daß die für Deutschland so segensreich sich erwiesenen sozialpolitischen Maßnahmen fortgesetzt und weiter ausgebaut werden müssen. Die „Arbeiterzeitung“ muß zwar selbst zugeben, daß die von ihr so oft bekämpfte Sozialpolitik die besten Früchte gezeitigt hat, doch dürfe man die Sache nicht auf die Spitze treiben. Dies hat aber nach der Ansicht des Unternehmerorgans der Direktor des bayerischen statistischen Landesamts Prof. Dr. Friedrich Zahn getan, der in seiner Prof. Brentano zum 70. Geburtstag gewidmeten Schrift über die Wirkung der deutschen Sozialversicherung, den guten Einfluß der letzteren auf die Arbeiter kräftig hervorzuheben hat. Nach dem Krieg erst recht Sozialpolitik! „Denn“, so argumentiert er, „dem weiteren Blick erscheint als oberstes Ziel der Gesamtheit nicht Reichtum und Tätigkeit weniger, sondern größte körperliche, wirtschaftliche und sittliche Kraft der Massen.“ In diesem Programm, das bis zum Neft durchzuführen jeden wahren Freund unseres Volkes anspannen müßte, erblickt die „Arbeiterzeitung“ nichts weiter als einen „Waffenstillstand“. Sie befürchtet, daß um der Massen willen die Bedeutung der „Wenigen“, der „Tüchtigen“ außer acht gelassen wird. Diese „Wenigen“ werden aber sofort wieder ebenfalls in eine „Masse“ verwandelt, indem darauf verwiesen wird, daß es in Deutschland immer noch fast vier Millionen gewerbliche Betriebe gebe, deren Inhaber doch die gleiche Rücksicht verdienen wie diejenigen Kreise, auf die allein sich nach Ansicht der „Arbeiterzeitung“ die sozialpolitische Fürsorge unserer Zeit zu konzentrieren sucht. Und nun bemüht sich das Blatt, nachzuweisen, daß nicht die Volkskraft, die Kraft der Massen das kostbarste Gut ist, das es zu pflegen gilt, denn die großen Fortschritte, die wir in unserm gesellschaftlichen Leben gemacht haben, seien zumeist nicht aus der Masse, nicht aus der Volkskraft, sondern aus den Köpfen der einzelnen, aus der Tüchtigkeit weniger entsprungen. — Wir wollen nun keinen müßigen Streit herbeiführen, um die Frage, welcher Faktor den größten Anteil an der Entwicklung hat, zu der wir uns emporgeschwungen haben. Das fehlende Glied in der Kette der Beweisführung, die hier die „Arbeiterzeitung“ vorführt, wollen wir aber doch dahin ergänzen, daß die Tüchtigkeit des einzelnen auch nur auf der Volkskraft, der Masse beruht. Wollen wir nicht einen abgeschlossenen, durch Vorrecht aller Art geschützten engeren Kreis weiterbestehen lassen, aus dem sich die „Wenigen“, die „Tüchtigen“ immer wieder ergänzen, dann müssen wir eben dafür sorgen, daß in der Stärkung unserer Volkskraft der Mutterboden unseres wirtschaftlichen Fortschritts erhalten bleibt. Nur wenn dafür gesorgt wird, daß auch das Los der arbeitenden Klasse nach Möglichkeit zu einem freudvollen gestaltet wird, können wir damit rechnen, daß auch aus ihr heraus sich Kräfte entfalten, die als die Tüchtigen, die Genialen und Bahnbrecher der Kultur sich als die Führer der Nation auf allen Gebieten an die Spitze stellen. Und vor nicht allzu langer Zeit hat sich ja auch noch die „Arbeiterzeitung“ zu diesem Standpunkt bekannt, jedem Menschen, sei er hoch oder niedrig geboren, die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Wenn die „Arbeiterzeitung“ jetzt davon nichts mehr wissen will, so überrascht uns das auch nicht weiter. Wir wissen, daß die Arbeiterklasse, will sie Anteil nehmen an allem, was die wirtschaftliche Entwicklung dem Menschen bietet, sich nur auf ihre eigene Kraft verlassen darf. Denn ebenso falsch wie die Behauptung der „Arbeiterzeitung“, die ersten und wichtigsten Anregungen für die Durchführung der sozialen Fürsorge seien aus bürgerlichen Kreisen gekommen, ist auch die Meinung, daß eine Fortführung dieser Fürsorge getrost dem guten Willen der Regierung überlassen bleiben könne. Die Auswirkungen der „Arbeiterzeitung“ zeigen, daß die hinter ihr stehenden Kräfte, das stark organisierte Unternehmertum, freiwillig

keinen Schritt weiter gehen wollen in der sozialen Fürsorge für die Massen. Was noch fehlt und erreicht werden muß, kann ihnen nur abgetropft werden mit Hilfe von Arbeiterorganisationen, die an Kraft nicht zurückstehen dürfen hinter den Organisationen der Unternehmer.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Fabrikarbeiter schaut in diesen Tagen auf ein fünfundsingzigjähriges Bestehen zurück. Am 29. Juni 1890 traten in Hannover 20 Delegierte aus 28 Orten zusammen, nach eingehender Debatte über die Organisationsform wurde gegen fünf Stimmen die zentrale Form beschlossen, der Verband erhielt den Namen „Verband der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands“. Als Vorsitzender wurde dann etwas später bei der Ergänzung des vom Kongress gewählten Vorstandes Genosse Wreh gewählt, der somit jetzt gleichfalls auf eine fünfundsingzigjährige Tätigkeit als Verbandsvorsitzender zurückblickt. Als Publikationsorgan wurde zunächst „Die Einigkeit“, das Organ der Haus- und Geschäftsdienerschaft erwählt. Aus kleinen Anfängen heraus hat sich der Verband der Fabrik- und Hilfsarbeiter heute zu einem unserer größten Verbände entwickelt. Für die Aufklärung und Organisation der ungelerten Arbeiter hat er viel geleistet. Wir wünschen dem Verband, der unter den Kriegswirungen gleichfalls sehr zu leiden hat, baldige Erholung und ferneres Gedeihen!

Organisationsdifferenzen unter den Technikern. Die Kriegsmassnahmen, wie sie ebenfalls vom Bunde der technisch-industriellen Beamten getroffen werden mußten, um die Aktionsfähigkeit der Organisation während der Kriegszeit sicherzustellen, haben in diesem Verbande zu ernststen Differenzen geführt. Es ist dann auf Drängen der Opposition ein Bundestag einberufen worden, der die Maßnahmen der Leitung gutheißt. Trotzdem fügte sich die Minorität den Beschlüssen nicht, sondern ging zur Gründung einer Sonderorganisation über. Für die Technikerbewegung wird diese Zerspaltung ihrer Einheitlichkeit und damit die ihres Einflusses auf Bessergestaltung der Anstellungsbedingungen sehr ungünstig wirken. Man hat es seinerzeit freudig begrüßt, als sich die technisch-industriellen Angestellten zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen auf freigewerkschaftlicher Grundlage organisierten, um so mehr aber ist gerade jetzt, wo die Einigkeit aller wirtschaftlich Abhängigen so dringend erforderlich ist, die Zerspaltung zu bedauern. Ihre Urheber sind eben nicht imstande, die Notwendigkeit der Kriegsmassnahmen der Organisation zu erkennen, sie können sich aber auch nicht Rechenschaft ablegen über den ihrer Berufsbewegung durch die Organisationszerspaltung zugefügten enormen Nachteil.

Streiks und Aussperrungen seit Beginn des Krieges.

Trotz des Burgfriedens sind seit dem Kriegsbeginn bis Ende März 1915 laut Mitteilung des „Reichsarbeitsblatte“ 52 Arbeitskämpfe ausgebrochen, und zwar 50 Streiks und 2 Aussperrungen mit 4029 Beteiligten. Diese verteilen sich auf 13 Gewerbegruppen. Der Bergbau steht mit 7 Streiks und 1301 Beteiligten an erster Stelle. Die Metallindustrie folgt als nächste mit 8 Streiks und 1180 Beteiligten, sowie mit 1 Aussperrung, von der 86 Arbeiter betroffen wurden. Eine Aussperrung mit 62 Arbeitern kam in der Bekleidungsindustrie vor.

Vollen Erfolg hatten die Arbeiter bei 11 Streiks, an denen 1651 Arbeiter beteiligt waren, in 12 Fällen mit 688 Beteiligten war teilweiser Erfolg und in 29 Fällen, bei denen 1710 Arbeiter beteiligt waren, war kein Erfolg zu verzeichnen.

Bei den Kriegstreiks ist der volle Erfolg etwas häufiger auf Seiten der Arbeiter als im letzten Jahresfrist. Es hatten von den 52 Arbeitskämpfen der Kriegszeit 11 Streiks vollen, 12 Streiks teilweisen Erfolg, während in 29 Fällen kein Erfolg zu verzeichnen war. 26 von den 52 Arbeitskämpfen wurden durch Vergleichsverhandlungen beigelegt. Besonders hervorzuheben ist, daß in einem Falle ein staatlicher Bergbeamter mit einem Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes in diesem Sinne zusammenwirkte. In einem andern Falle wurde auf Veranlassung des Generalkommandos ein Einigungsausschuß gebildet.

In 10 Streitfällen handelte es sich um Betriebe, die Heeresbedarf fertigten. Die Dauer der Arbeitskämpfe war wesentlich kürzer als zu andern Zeiten; durchschnittlich betrug sie 4,77 Tage, auf die streikenden beziehungsweise ausgesperrten Personen kamen nur 4,82 Kampftage, während die durchschnittliche Zahl der Kampftage, auf den einzelnen Streikenden oder Aussperrten berechnet, im letzten Jahresfrist nahezu 28 Tage betrug.

Genossenschaftliches.

Die Stellung des Zwischenhandels in der Volkswirtschaft. Der Krieg prüft die Einrichtungen der Volkswirtschaft auf ihre Daseinsberechtigung und ihre Leistungsfähigkeit. Schon jetzt wird klar, daß unsere Volkswirtschaft nicht ausreichend genug organisiert ist, um ihre gestellte Aufgabe ganz zu erfüllen. „Der Zwischenhandel ist nichts anderes als der Notbehelf einer unvollständig organisierten Volkswirtschaft, in der ein großer Teil von Erzeugern und Verbrauchern nichts voneinander wissen.“ Diese Bemerkung ist einer Betrachtung über den „Staat als Einkäufer“ entnommen, die im zwölften Heft der Zeitschrift „März“ ange stellt wurde. Diese Bemerkung zeigt auf den Umstand hin, der das Gebrauchsgut erst auf weiten Umwegen zu seiner Bestimmung gelangen läßt, ohne daß oft auch nur der Versuch gemacht wurde, den geraden und kürzesten Weg zu benutzen. „Solange dieser Zustand dauern wird, solange wird man den Zwischenhandel brauchen; aber solange kann man noch nicht im vollen Sinne von einer Volkswirtschaft reden. Und man könnte es wirklich für eine Aufgabe der öffentlichen Verwaltung, zunächst der kommunalen, halten, auch auf diesem bisher von ihr vernachlässigten Feld die Organisation in die Hand zu nehmen oder wenigstens an ihr mitzuarbeiten. Die private Initiative hat die ersten Schritte getan und die ersten Erfahrungen gesammelt, wie

Die es bei vielen großen organisatorischen Aufgaben zurecht-
 macht hat: bei der Arbeitsvermittlung, im Transport-
 wesen (Eisenbahn, Post), bei der Regelung des Geld-
 verkehrs, ja sogar beim Seerwesen, das sich jetzt kein
 Mensch mehr als Privatunternehmen denken kann. Ueberall
 hat schließlich öffentliche Interesse zu gänzlicher oder teil-
 weiser öffentlicher Verwaltung geführt. Sollte nicht auch
 die Zeit gekommen sein, wo sich diese andere Organisation
 des Konsums beteiligen müßte?
 Wenn in die Zeit reif, an die Stelle des Ratbehalts
 die wirklich zureichende Organisation der Warenverteilung
 zu setzen. Die Volkswirtschaft selbst hat ja auch nicht ge-
 wartet, bis das öffentliche Interesse den Mangel befehlige.
 Sie schuf von innen heraus die Selbsthilfeorganisationen,
 die Genossenschaftsbewegung, und sorgte damit für ihre
 eigene Vollendung.

Die zweite Generalversammlung der Volkswirtschaft
 zur Rechnungslegung über das Geschäftsjahr 1914 trat am
 Sonnabend, 26. Juni, im Sitzungssaal der Verlagsgesellschaft
 deutscher Konsumvereine in Hamburg zusammen. Der
 Vorsitzende des Aufsichtsrats, Reichstagsabgeordneter Gustav
 Bauer, eröffnete die Generalversammlung und stellte die
 ordnungsgemäße Vertretung sämtlicher Aktionäre durch be-
 stellte Bevollmächtigte fest. Das geschäftsführende Vorstands-
 mitglied M. v. Elm gab den Geschäftsbericht des Vorstandes,
 der gedruckt vorlag und aus dem in der Presse bereits die Haupt-
 punkte veröffentlicht wurden. Er bezeichnete den Abschluß als
 einen unter den bestehenden Verhältnissen günstigen. Wenn auch
 die nach dem Verlaufe des ersten halben Jahres berechnete Hoff-
 nung, einen günstigeren Bericht vorlegen zu können, durch den
 Krieg vereitelt wurde, so sind wir doch in der Lage, über einen
 Ueberschuß von M. 171 947,04 zu verfügen und dadurch
 den verschiedenen Fonds M. 74 389 und der Gewinnreserve
 der Versicherten M. 96 115 zuzuführen zu können. Der Ver-
 sicherungsbestand, der Ende 1913 70 126 Policen mit einer
 Versicherungssumme von M. 12 912 988 betrug, stieg bis
 Ende 1914 auf 163 469 Versicherungen mit einer Versicherungs-
 summe von M. 25 615 271, also mehr als eine Verdoppelung
 der Versicherungssumme. Die Gesellschaft hat einen Verfall
 von 2761 Policen und in eine andere Versicherungsart um-
 zuwandeln 28 747 Policen. Das ist ein durch den Krieg be-
 dingter außerordentlicher Abgang, der aber im Vergleich zu
 andern Gesellschaften noch recht günstig ist. Der Vorsitzende
 Bauer stimmte im Namen des Aufsichtsrats dem Geschäfts-
 bericht sowie der vom Vorstand aufgestellten Bilanz nebst Ge-
 winn- und Verlustrechnung in allen Punkten zu. Beim Punkt 2
 der Tagesordnung gab Herr Junger (Berlin) den Bericht
 der Revisionskommission des Aufsichtsrats, konstatierend, daß
 bei den verschiedenen Revisionen der Kommission und des
 vom Aufsichtsrat besonders beauftragten Revisors, Herrn
 Willein, alles in bester Ordnung befunden wurde. Ohne
 Erörterung wurde hierauf als Punkt 3 der Tagesordnung
 der Antrag des Aufsichtsrats, die Jahresrechnung zu ge-
 nehmigen und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung zu
 erteilen, einstimmig angenommen. Bei Punkt 4 der Tages-
 ordnung erläuterte Herr v. Elm den vom Vorstand und
 Aufsichtsrat vorgeschlagenen Plan zur Verteilung des er-
 zielten Ueberschusses und teilte mit, daß über den Verzicht
 auf die ihnen zustehenden Zinsen im Betrage von M. 40 000
 unter den Aktionären bereits eine schriftliche Abstimmung
 vorgenommen wurde, wobei der Verzicht einstimmig aus-
 gesprochen wurde.

Hierauf wurde von der Generalversammlung einstimmig
 beschlossen: 1. Für das Geschäftsjahr 1914 tritt eine Ver-
 zinsung des Aktienkapitals nicht ein; der dafür nach § 38
 Absatz 2 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages bereitgestellte
 Betrag von M. 40 000 ist — unbeschadet der nach dem Ge-
 sellschaftsvertrage vorgeschriebenen Datierung — dem Kriegs-
 reservenfonds (§ 38 Absatz 2 Ziffer 3 des Gesellschafts-
 vertrages) zuzuführen. 2. Von dem erzielten Ueberschuß im
 Betrage von M. 171 947,04 sind gemäß den Bestimmungen des
 § 36 des Gesellschaftsvertrages zugewiesen:
 1. dem gesetzl. Reservenfonds fünf vom Hundert = M. 8 597,35
 2. dem Organisationsfonds " " " " = " 8 597,35
 3. dem Kriegservervenfonds " " " " = " 8 597,35
 fünf vom Hundert, = M. 8 597,35
 plus der jedoch beschlossenen " " " " " 40 000, — " 48 597,35
 4. dem Fonds für besondere Reserven
 fünf vom Hundert " " " " " = " 8 597,35
 5. der Gewinnreserve der Versicherten fünf vom
 Hundert der M. 1 992 310,90 betragenden
 Jahresprämie der mit Gewinnbetei-
 ligung Versicherten " " " " " = " 96 115,54

Der Rest von M. 1442,10 ist auf neue Rechnung vorzu-
 tragen. Der Aufsichtsrat hat nach § 38 des Gesellschafts-
 vertrages die Anstellung eines Revisors beantragt und schlug
 dazu Herrn Willein vor, dessen Wahl hierauf einstimmig voll-
 zogen wurde. Der Aufsichtsrat verzichtete zugunsten der
 Versicherten auf die ihm nach dem Gesellschaftsvertrage zu-
 stehende Entschädigung auch für das abgelaufene Jahr und
 bewies damit wie die Aktionäre, daß es ihm ernst damit ist,
 die Volkswirtschaft als eine wirklich gemeinnützige Versicherungs-
 anstalt im Interesse der Versicherten zu führen.

Verschiedenes.

Die Kriegserklärungen im Weltkrieg. Zu den
 18 Kriegen, die der ungeheure Weltkrieg bisher gezeitigt
 hat, ist am 28. Mai ein neuer hinzugekommen. An diesem
 Tage hat Italien ein Oesterreich formell den Krieg erklärt.
 Im folgenden sind die Daten der Kriegserklärungen seit dem
 historischen 28. Juli 1914 zusammengestellt:

1. Oesterreich gegen Serbien..... 28. Juli 1914
2. Deutschland gegen Rußland.... 8. August 1914
3. Deutschland gegen Frankreich... 4. " 1914
4. England gegen Deutschland.... 5. " 1914
5. Deutschland gegen Belgien..... 5. " 1914
6. Oesterreich gegen Rußland..... 7. " 1914
7. Serbien gegen Deutschland..... 7. " 1914
8. Montenegro gegen Oesterreich.. 8. " 1914
9. Montenegro gegen Deutschland.. 12. " 1914
10. England gegen Oesterreich.... 13. " 1914
11. Frankreich gegen Oesterreich... 13. " 1914
12. Deutschland gegen Japan..... 19. " 1914
13. Oesterreich gegen Japan..... 22. " 1914
14. Oesterreich gegen Belgien..... 28. " 1914
15. Rußland gegen Türkei..... 30. Oktober 1914
16. England gegen Türkei..... 2. November 1914
17. Frankreich gegen Türkei..... 2. " 1914
18. Serbien gegen Türkei..... 2. " 1914
19. Italien gegen Oesterreich..... 28. Mai 1915

Außerdem sind noch die Kriegserklärungen von Monaco
 und San Marino, die sich als im Kriegszustand gegen Oester-
 reich und Deutschland betrachten ohne formelle Kriegserklärung.
 Monaco hat 19 000, San Marino 11 000 Einwohner.

Sterbetafel.

Cassel. Am 8. Juni starb nach nur vierstägigem Kranksein
 unser treues und langjähriges Mitglied Hermann
 Bringmann, Altersrente im Alter von 84 Jahren.
 Kiel. Am 18. Juni starb an Lungentuberkulose unser langjähriges
 Mitglied, der Kollege Johannes Hansen, im Alter
 von 48 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Vereinstell.

Bericht der Hauptkasse vom 28. Juni bis 3. Juli.
 Eingekandt wurden für die Hauptkasse: Dessau M. 850,
 Jena 200, Chemnitz 600, Fürstenwalde 25, Spremberg 25,
 Stegitz 100, Potsdam 91,24, Schwerin 149,88, Thorn 40,
 Neumünster 94,22, Nowawes 850, Berlin 5500, Hamburg 4188,
 Necklinghausen 6, Lübeck 800, Schleswig 91,40, Offen 800,
 Ingolstadt 18, Glauchau 100, Nordhausen 150, Coblenz 110,
 Rathenow 50, Rostock 150, Braunschweig 200, Kiel 900,
 Buchenwalde 80, Naumburg 50, Cottbus 95, Graubenz 40,
 Werda 110, Brandenburg 125, Hoyerswerda 13,50, Greif-
 swald 75, Mainz 1000, Bremen 400, Gütstrow 50, Darmstadt
 800, Hildesheim 150, Oldenburg 100, Cassel 800, Köln 800,
 Rattowitz 150, Dresden 2000.

Damit schließt die Einnahme vom zweiten Quartal.

Material wurde versandt (B = Beitragsmarken, D =
 Duplikatmarken, E = Eintrittsmarken, F = Futterale, V =
 Vorkasse, K = Kalender, St = Stempelstift, MM =
 Markenmappen): Chemnitz 8 K. Köln 1200 B + 115 K.
 Dessau 400 B + 80, 2 MM. Dresden 2 K. Leipzig 800 B
 + 100, 20 St. Spandau 10 K. Worms 200 B + 120.

Die Woche vom 11. bis 17. Juli ist die 28. Wei-
 chtagwoche. G. Wenker, Kassierer.



Gedenktafel für unsere im Kriege gefallenen Kollegen.

- Adermann, Karl, Mitglied der Filiale Halle an
 der Saale, geb. am 18.7.81 zu Coburg, seit 24.6.08
 im Verband.
 Böning, Georg, Mitglied der Filiale Bremen, geb.
 am 11.5.85 zu Frischenmoor, seit 15.5.08 im Verband.
 Döngeler, Peter, Mitglied der Filiale Düsseldorf,
 geb. am 19.6.84 zu Düsseldorf, seit 1.4.12 im Verband.
 Drühl, Willy, Mitglied der Filiale Göttingen, geb.
 am 4.7.81 zu Obernk., seit 19.10.12 im Verband.
 Fahrmeier, Georg, Mitglied der Filiale München,
 geb. am 25.12.86 zu Neuburg, seit 16.4.10 im Verband.
 Fleischer, Robert, Mitglied der Filiale Breslau,
 geb. am 27.4.80 zu Breslau, seit 17.8.12 im Verband.
 Hartmann, Gottfried, geb. am 14.9.98 zu Hannover,
 seit 20.4.12 im Verband.
 Hauke, Erich, Mitglied der Filiale Breslau, geb.
 am 7.4.86 zu Dambrau, seit 22.8.14 im Verband.
 Heymann, Ernst, Mitglied der Filiale Breslau,
 geb. am 26.1.86 zu Lomberg, seit 20.4.11 im Verband.
 Hoffmann, W., Mitglied der Filiale Mannheim,
 geb. am 7.7.85 zu Wirmsthal, seit 10.7.10 im Verband.
 Jahn, Otto, Mitglied der Filiale Hamburg, geb.
 am 29.7.86 zu Nüthenwalde, seit 17.2.08 im Verband.
 Jany, Otto, Mitglied der Filiale Kiel, geb. am
 2.2.84 zu Suchsdorf, seit 20.8.18 im Verband.
 Knippenberg, Friedr., Mitglied der Filiale Bremer-
 haven, geb. am 18.1.98 zu Driffelthe, seit 28.8.18
 im Verband.
 Kötter, August, Mitglied der Filiale Mannheim,
 geb. am 30.1.76 zu Gpplingen, seit 8.11.09 im Verband.
 Krabbenhöft, Otto, Mitglied der Filiale Neu-
 münster, geb. am 30.8.84 zu Remstedt, seit 18.10.08
 im Verband.
 Krahn, Hermann, Mitglied der Filiale Hamburg,
 geb. am 17.4.91 zu Hamburg, seit 2.8.12 im Verband.
 Lehmann, G., Mitglied der Filiale Hamburg,
 geb. am 25.9.98 zu Elmshorn, seit 22.6.12 im Verband.
 Lenhardt, Eugen, Mitglied der Filiale Mannheim,
 geb. am 18.5.90 zu Neustadt, seit 10.2.07 im Verband.
 Lofse, Hans, Mitglied der Filiale Neumünster,
 geb. am 2.8.90 zu Neumünster, seit 26.8.10 im Verband.
 Meller, Hermann, Mitglied der Filiale Kiel, geb.
 am 18.8.80 zu Vehlau, seit 25.2.05 im Verband.
 Mengwein, Karl, Mitglied der Filiale Göttingen,
 geb. am 16.2.90 zu Friedelshausen, seit 29.5.10 im Verband.
 Mette, Willi, Mitglied der Filiale Brandenburg,
 Reher, Georg, Mitglied der Filiale Mannheim,
 geb. am 1.8.80 zu Augsburg, seit 9.10.11 im Verband.
 Oswald, Beda, Mitglied der Filiale Göttingen,
 geb. am 30.8.81 zu Marga, seit 1.4.07 im Verband.
 Reichardt, Mitglied der Filiale Bremerhaven,
 geb. am 18.8.92 zu Orlshausen, seit 31.8.12 im Verband.
 Ritter, Gulbrecht, Mitglied der Filiale Göttingen,
 geb. am 24.8.95 zu Sundhausen, seit 29.4.18 im Verband.
 Röder, Willy, Mitglied der Filiale Göttingen,
 geb. am 22.1.91 zu Sundhausen, seit 14.5.11 im Verband.
 Rug, Carl, Mitglied der Filiale Hamburg, geb.
 am 17.11.91 zu Hamburg, seit 28.4.14 im Verband.
 Schatte, Willy, Mitglied der Filiale Spandau, geb.
 am 7.8.98 zu Spandau, seit 5.4.14 im Verband.
 Sibler, Max, Mitglied der Filiale Göttingen,
 geb. am 25.12.91 zu Rudolfsdorf, seit 9.4.10 im Verband.
 Stubbe, J., Mitglied der Filiale Hamburg, geb.
 am 10.8.88 zu Hamburg, seit 8.7.12 im Verband.
 Uelsen, Hermann, Mitglied der Filiale Bremen,
 geb. am 31.4.94 zu Verden, seit 5.4.18 im Verband.
 Winkelmann, Willh., Mitglied der Filiale Forst i. d. S.,
 geb. am 18.2.89 zu Sommerfeld, seit 8.4.09 im Verband.

Ehre ihrem Andenken!

Grosses Sparsystem

zum Bezug von wenig getragenen Herrenanzugteilen!
 Ich empfehle Jedermann, sich ohne Verbindlichkeit
 meinen grossen illustrierten Katalog über
Herrenkleider, vom besten Publikum stammend,
 kostenlos und portofrei kommen zu lassen.

- Anzüge in allen Formen Mk. 12,- bis Mk. 45,-**
Ueberzieher und Ulster " 6,- " 40,-
Hosen " " " 3,- " 12,-

Jede, auch die kleinste Bestellung wird sorgfältig aus-
 geführt! Für nicht gefallende Waren sende ich anstandslos
 das Geld zurück.

L. Spielmann,
Versandhaus für wenig getragene Kavalierekleider,
München 113, Gärtnerplatz 1 u. 2.

Fichten-Terpentinöl

Maschinenöle und Fette

Petroleum

in Kannen und Fässern, Bohnerwachs liefert regelmäßig

F. Maschunsky, Oelfabrik, Rotenburg i. Hann.

Schrift-Unterapparat schnell und
 Preis 1,50. Buchst. innere, 30 Zagen.
 G. Rickmann, Hamburg 22, Gelmanstr. 8.

Erhebungen

über die
**Lohn- u. Arbeitsverhältnisse
 im Malerberufe 1912.**

Wer sich über die Entwicklung und den
 Stand der Lohn- und Arbeitsverhältnisse
 im Malerberufe in Deutschland unterrichten
 will, tut gut, sich diese Statistik des Ver-
 bandes anzuschaffen.
 Erschienen im Selbstverlag des Ver-
 bandes. Ladenpreis freigelegt M. 2. Mit-
 glieder erhalten Vorkaufspreis.

Maler-Mäntel

110, 120, 130 cm lang
 Dosen, Dreil-Jacken, Dreil-
 Dosen, Mähen, Messel-Jacken
 Oberweiten bitten anzugeben
D. Wurzel & Co., Berlin
 Bräunstraße 13, 1. Et.

Farben — Lacke

Bronze — Gold — Violett —
 Schablonen — Arbeitskleider —
 alle Malerartikel — Schriftenhefte
 empfehle billigst in anerkannt tabelloser
 Qualität. Man verlange Preis.
G. Job, Nürnberg 5,
 Zerkelgasse 18.

Der heutigen Nummer liegt Nr. 27
 des „Correspondenzblattes“ bei.